



TransnetBW GmbH
[REDACTED]
Heilbronner Str. 51-55
70173 Stuttgart

Per E-Mail vorab: [REDACTED]

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
13.10.2023

Mein Zeichen, meine Nachricht vom
626k
4.14.03.02/23-015

☎ (02 28)
14-[REDACTED]
oder 14-0

Bonn
22.11.2023

Genehmigungsbescheid der Bundesnetzagentur gemäß § 13b Abs. 5 EnWG zur Systemrelevanzausweisung des Kraftwerksblocks Heilbronn 7 (BNA0434, SEE948609940009)

In dem Verwaltungsverfahren

gegenüber der

TransnetBW GmbH, Heilbronner Str. 51-55, 70191 Stuttgart, vertreten durch die
Geschäftsführung

- Antragstellerin -

unter Beteiligung

der EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Schelmenwasenstr. 15, 70567 Stuttgart, vertreten
durch die Geschäftsführung

- Beteiligte -

wegen

...

des Antrags der Antragstellerin auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung des Kraftwerksblocks Heilbronn 7 hat die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Klaus Müller, am 22.11.2023 entschieden:

Die Genehmigung der Ausweisung der Systemrelevanz im Sinne von § 13b Abs. 2 S. 2 EnWG des Kraftwerksblocks vom 09.08.2024 bis zum Zeitpunkt der kommerziellen Inbetriebnahme der Anlage Heilbronn 8 wird erteilt.

Gründe:

I.

Die Beteiligte beabsichtigt, am Standort Heilbronn eine neue Gas- und Dampfturbinenanlage (GuD) zu errichten, die unter dem Namen Heilbronn Block 8 (im Folgenden: HLB8) firmiert. Nach aktueller Planung der Beteiligten soll HLB8 im Jahr 2025 in Betrieb gehen. Am Standort Heilbronn betreibt die Beteiligte zudem die Steinkohleanlage Heizkraftwerk Heilbronn Block 7 (im Folgenden: HLB7). Mit Schreiben vom 04.08.2023, bei der Bundesnetzagentur eingegangen am 08.08.2023, zeigte die Beteiligte der Bundesnetzagentur an, die Anlage Heizkraftwerk HLB7 zum rechtlich frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens voraussichtlich jedoch zum 01.08.2025 ohne Konservierungsmaßnahmen außer Betrieb zu nehmen. Hierzu erging der Hinweis, dass sich der vorgenannte Termin aus dem aktuellen Projektterminplan für die Errichtung der Neuanlage HLB8 ergebe und Terminänderungen des Stilllegungsdatums möglich seien. Das konkrete Stilllegungsdatum hänge u.a. davon ab, ob der Fernleitungsnetzbetreiber terranets BW GmbH rechtzeitig die erforderlichen festen Gastransportkapazitäten zur Versorgung von HLB8 bereitstellen könne.

Die TransnetBW GmbH teilte der Bundesnetzagentur mit Schreiben vom 13.10.2023 mit, die Anlage HLB7 sei nach Maßgabe einer Sensitivitätsrechnung, die auf Grundlage der sog. Langfristanalyse der Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) aus dem Jahr 2023 durchgeführt worden sei, mindestens bis zum 31.03.2031 systemrelevant.

Aus den Ausführungen der TransnetBW GmbH geht hervor, dass HLB7 bis zu dem Zeitpunkt systemrelevant sei, in dem der Bedarf, die Anlage für den Redispatcheinsatz vorzuhalten, nicht mehr bestehe. Es müsse verhindert werden, dass die am Standort Heilbronn verfügbare Erzeugungsleistung für einen längeren Zeitraum („Monate bis je nach Projektverlauf Jahre“) wegfielen. Dies sei zu befürchten, wenn HLB7 nach aktuellem Zeitplan spätestens zum 01.08.2025 endgültig außer Betrieb gehe, während sich die Inbetriebnahme der Neuanlage HLB8, nach aktuellem Zeitplan für das Jahr 2025 vorgesehen, verzögere. Hierbei verweist sie auf die Abstimmung zwischen EnBW und BNetzA über die Sicherstellung eines Wechselbetriebs zwischen der Altanlage HLB7 und dem neuen Block HLB8 durch die EnBW während der Bauphase der Neuanlage, wodurch

gerade verhindert werden solle, dass es zu einem zeitweiligen Wegfall der Kraftwerksleistung am Standort Heilbronn komme.

Zur Begründung der Systemrelevanz verweist die TransnetBW GmbH auf die Ergebnisse der sog. Langfristanalyse der Übertragungsnetzbetreiber aus dem Jahr 2023¹. In diesen Berechnungen für den Betrachtungszeitraum vom 01.04.2030 bis zum 31.03.2031 werde unterstellt, dass am Standort Heilbronn nur noch die Anlage HLB8 vorhanden sei. Zudem sei HLB8 in der in diesem Zeitraum betrachteten Grenzsituation als nicht verfügbar angenommen worden. Um zu identifizieren, ob eine Systemrelevanz von HLB7 bzw. der entsprechenden Kraftwerksleistung am Standort Heilbronn nachgewiesen werden könne, sei eine Sensitivitätsrechnung durchgeführt worden, in der unterstellt worden sei, dass in der Grenzsituation die Leistung von HLB7 zum Redispatch zur Verfügung stehe. Das Ergebnis dieser Rechnung habe gezeigt, dass in der jeweiligen Grenzsituation in beiden untersuchten Netzausbauszenarien die HLB7 entsprechende Leistung in vollem Umfang von den Übertragungsnetzbetreibern zum Redispatch herangezogen werde. Dies bewirke gleichzeitig, dass sich der erforderliche Bedarf an Netzreserveleistung aus dem Ausland reduziere.

Die Bundesnetzagentur leitete auf diesen Antrag hin das vorliegende Verwaltungsverfahren nach § 66 Abs. 1 EnWG ein.

Der Beteiligten wurde mit Schreiben vom 27.10.2023 mitgeteilt, dass sie im Rahmen des Genehmigungsverfahrens Gelegenheit hat, eine Stellungnahme abzugeben. Von dieser Möglichkeit machte die Beteiligte mit Schreiben vom 07.11.2023 Gebrauch. Sie erklärte, rechtzeitig mitzuteilen, wenn sich das geplante späteste Stilllegungsdatum, der 01.08.2025, verschiebe bzw. in den Wochen vor der Stilllegung den exakten Termin des Marktaustritts zu fixieren. Die Beteiligte wies darauf hin, dass HLB7 in der Netzreserve nur für eine Übergangszeit bis zur kommerziellen Inbetriebnahme von HLB8 in einem Wechselbetrieb mit HLB8 zur Verfügung stehe, obgleich formal eine Systemrelevanz von HLB7 bis 2031 gegeben sei. Die endgültige Stilllegung von HLB7 sei aus technischen und rechtlichen Gründen zwingend erforderlich, um am Standort Heilbronn die Kohleverfeuerung zu beenden und durch die Inbetriebnahme der neuen GuD-Anlage HLB8 zu ersetzen. Insbesondere entfalle die immissionsschutzrechtliche Betriebsgenehmigung von HLB7, sobald HLB8 den kommerziellen Betrieb aufnehme. Die Beteiligte kündigte an, im Fall der Genehmigung der Systemrelevanzausweisung von HLB7 für Maßnahmen zur Vorbereitung des Wechselbetriebs ab dem Zeitpunkt der Systemrelevanzausweisung Zahlungsansprüche gemäß § 13c Abs. 3 EnWG gegenüber der Antragstellerin geltend zu machen.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Verfahrensakte Bezug genommen.

¹ Vgl. Langfristanalyse 2030, abrufbar unter: <https://www.netztransparenz.de/Weitere-Veroeffentlichungen/Studie-zum-beschleunigten-Kohleausstieg-bis-2030>

II.

Dem Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung des Kraftwerksblocks HLB7 vom 09.08.2024 bis zum Zeitpunkt der kommerziellen Inbetriebnahme der Anlage HLB8 ist stattzugeben, denn er ist zulässig und aufgrund des Vorliegens der Genehmigungsvoraussetzungen nach § 13b Abs. 5 S. 4, Abs. 2 S. 2 EnWG auch begründet.

Der Kraftwerksblock HLB7 ist systemrelevant gemäß § 13b Abs. 2 S. 2 EnWG, denn der Wegfall der Erzeugungsleistung von HLB7 vor Inbetriebnahme der Neuanlage HLB8 würde mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen und diese Gefährdung oder Störung könnte nicht durch andere angemessene Maßnahmen beseitigt werden.

1.

Die Voraussetzung einer nicht unerheblichen Gefährdung für die Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems ist gegeben, da ohne die Verfügbarkeit von HLB7 und vor Inbetriebnahme der Neuanlage HLB8 in besonderen Situationen kurzfristige Netzengpässe zu besorgen sind oder zu besorgen ist, dass die Haltung der Netzstabilität durch die Übertragungsnetzbetreiber nicht im erforderlichen Maße gewährleistet werden kann.

Nach Rechtsprechung des OLG Düsseldorf ist eine Gefährdung für die Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems gegeben, wenn die jeweilige Anlage in der bedarfsdimensionierenden Stunde (sog. Grenzsituation) der maßgeblichen Systemanalyse der ÜNB zum Redispatch herangezogen wird (OLG Düsseldorf, Beschl. v. 19.12.2018, Az.: 3 Kart 117/17 (V) Rn. 73 f.).

Vorliegend kann die Antragstellerin die Systemrelevanzausweisung von HLB7 auf das Ergebnis der im Jahr 2023 veröffentlichten Langfristanalyse der ÜNB für den Betrachtungszeitraum vom 01.04.2030 bis zum 31.03.2031 stützen. Die Eingangsparameter für diese Untersuchung sind zuvor von der Bundesnetzagentur geprüft und freigegeben worden. Maßgeblich ist die Langfristanalyse, da nur sie die Prüfung ermöglicht, ob die Systemrelevanz der Anlage auch noch in dem Zeitraum gegeben ist, der nach dem aktuell geplanten Stilllegungsdatum, dem 01.08.2025, liegt. Dies ist bedeutsam, wenn sich die Fertigstellung bzw. Inbetriebnahme von HLB 8 bis in das Jahr 2025 oder länger verzögert. Verzögerungen bei der Realisierung von Großvorhaben wie etwa dem Neubau einer GuD-Anlage sind angesichts der gegenwärtigen Engpässe in den internationalen Lieferketten nicht auszuschließen.

Zum Nachweis der Systemrelevanz von HLB7 im Betrachtungszeitraum 2030/2031 bedurfte es der Berechnung einer Sensitivität auf Grundlage der Langfristanalyse durch die Antragstellerin, da HLB7 in dem der Langfristanalyse zugrundeliegenden Kraftwerkspark nicht mehr enthalten ist,

sondern nur der als Ersatz für HLB7 errichtete Block HLB8. Allerdings wird in den Annahmen der Langfristanalysen zu den Kraftwerksnichtverfügbarkeiten unterstellt, dass HLB8 in der Grenzsituation im betrachteten Zeitraum nicht verfügbar ist. Um zu überprüfen, ob HLB7 eine Systemrelevanz zukommt, hat die Antragstellerin die Annahme getroffen, dass HLB7 in der untersuchten Netzsituation nach wie vor verfügbar ist und als Netzreservekraftwerk zum Redispatch eingesetzt werden kann, während HLB8 nicht in Betrieb ist. Unter der Annahme, dass HLB7 im Zeitraum 2030/2031 noch verfügbar wäre, zeigt die Sensitivitätsrechnung, dass die Anlage in beiden Szenarien der Langfristanalyse 2030, also in Variante A, die einen optimistischen Netzausbauzustand zugrunde legt und in Variante B, die den Netzausbauzustand konservativ abschätzt, in der jeweiligen Grenzsituation von den Übertragungsnetzbetreibern mit voller Leistung zum Redispatch eingesetzt würde. Der Nachweis der Systemrelevanz auf Grundlage der Sensitivitätsberechnung überzeugt, da ihre Annahmen die aus heutiger Sicht tatsächlichen Umstände am Standort Heilbronn im Betrachtungszeitraum 2030/2031 abbilden, wonach an dem Netzverknüpfungspunkt die Leistung nur eines Kraftwerksblocks zur Einspeisung bereitsteht.

Die Antragstellerin begehrt die Genehmigung der Systemrelevanzausweisung bis zu dem Zeitpunkt, in dem die Neuanlage HLB8 ihren kommerziellen Betrieb aufnimmt. Der Moment der kommerziellen Inbetriebnahme liegt vor, wenn die Erzeugungsanlage erstmalig zum Zweck der kommerziellen Erzeugung elektrischer Energie in Betrieb gesetzt wird. Hiervon zu unterscheiden ist die technische Inbetriebnahme, in der die Anlage u.a. auf Anforderung der Übertragungsnetzbetreiber zum positiven Redispatch in Betrieb gesetzt wird. Das Datum der kommerziellen Inbetriebnahme von HLB8 soll nach aktueller Planung der Beteiligten zu Anfang des vierten Quartals 2025 liegen. Diese zeitlich begrenzte Ausweisung begründet sich damit, dass die Antragstellerin die Investitionsentscheidung der Beteiligten für den Bau der Neuanlage bzw. die Inbetriebnahme von HLB8 nicht vereiteln will. Die Antragstellerin hat selbst ein großes Interesse, dass HLB7 außer Betrieb genommen und möglichst rasch durch den Neubau von HLB8 ersetzt wird. Grund hierfür ist, dass die neue Anlage weniger störungsanfällig ist als die Altanlage und mit deutlich geringerer Vorlaufzeit zum Redispatch eingesetzt werden kann. Durch diese Eigenschaften ist HLB8 deutlich besser zur Absicherung des sicheren Netzbetriebs geeignet als HLB7. Eine längere Ausweisung der Systemrelevanz als bis zum Zeitpunkt der kommerziellen Inbetriebnahme von HLB8 könnte zur Folge haben, dass die Antragstellerin von dem Neubauvorhaben zurücktritt bzw. HLB8 nicht in Betrieb genommen werden kann.

So ist ein paralleler Betrieb der Altanlage HLB7 und HLB8 aus rechtlichen Gründen ausgeschlossen ist, da die immissionsschutzrechtliche Genehmigung von HLB8 die Vorgabe enthält, dass mit der kommerziellen Inbetriebnahme von HLB8 die immissionsschutzrechtliche Genehmigung von HLB7 erlischt.

Das Stilllegungsverbot von HLB7 auf Grundlage der vorliegenden Genehmigung der Systemrelevanzausweisung tritt gemäß § 13b Abs. 5 S. 1 EnWG nach Ablauf der in der Stilllegungsanzeige

der Beteiligten vom 08.08.2023 genannten Frist von 12 Monaten ein, d.h. am 09.08.2024.

2.

Zutreffend geht die Antragstellerin davon aus, dass die geplante Außerbetriebnahme von HLB7 mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen würde. § 13b Abs. 2 S. 2 EnWG verlangt nicht, dass ein als *sicher* feststehender Kausalzusammenhang zwischen der stilllegungsbedingten Nichtverfügbarkeit der betreffenden Erzeugungseinheit und der Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Betriebs des Übertragungsnetzes vorliegen muss. Es reicht vielmehr aus, dass die Nichtverfügbarkeit mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs führt. Anlässlich der Systemrelevanzprüfung ist die Antragstellerin daher gehalten, einen entsprechend vorsichtigen Maßstab anzulegen. An die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts sind umso geringere Anforderungen zu stellen, je größer der zu erwartende Schaden und je ranghöher das vom Gesetz geschützte Schutzgut sind (vgl. OLG Düsseldorf, Beschl. v. 19.12.2018, Az.: 3 Kart 117/17 (V) Rn. 89 f.). Diesem Maßstab ist die Antragstellerin vor dem Hintergrund möglicher Beeinträchtigungen von Leib und Leben sowie volkswirtschaftlicher Schäden infolge eines unkontrollierten flächendeckenden Stromausfalls gerecht geworden. Würden die Netzengpässe, die durch die Einspeisung von HLB7 verhindert werden können, tatsächlich auftreten, könnte dies zu einer thermischen Überlastung der Betriebsmittel der ÜNB führen, die infolgedessen ausfallen und die Stromversorgung unterbrechen können.

3.

Ein Ermessen kommt der Bundesnetzagentur hinsichtlich der Genehmigungsentscheidung nicht zu, da gemäß § 13b Abs. 5 S. 4 EnWG der Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung zu genehmigen ist, wenn die betreffende Anlage systemrelevant ist.

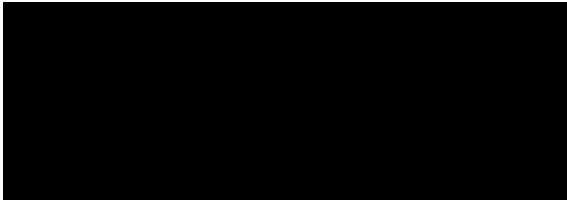
Die Beteiligte erhält eine Abschrift des Bescheides.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von der oder dem Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Im Auftrag



(Referat 626 -Versorgungssicherheit Strom)